

Sarkozy und die Bombe von Karachi

Als Nicolas Sarkozy zum ersten Mal zur so genannten „Karachi-Affäre“ befragt wurde, begnügte er sich, eine höhnische Gegenfrage zu stellen: „Wer kann schon eine derartige Fabel glauben?“. Das war vor einem Jahr.

Inzwischen beschäftigt sich Frankreichs Öffentlichkeit mehr denn je mit besagter „Fabel“ - vor allem seit Mittwoch, als ein Bericht der Luxemburger Polizei an französische Untersuchungsrichter publik wurde.

Ausgangspunkt der Affäre ist der 1994 vereinbarte Ankauf dreier französischer U-Boote durch Pakistan. Im Mai 2002 wurde in der pakistanischen Hafenstadt Karachi ein Anschlag auf einen Bus verübt, der Mitarbeiter der französischen Schiffsbauengesellschaft transportierte. 14 Personen starben, darunter elf französische Ingenieure, die die Fertigstellung der U-Boote leiteten. Zwei Islamisten wurden in Pakistan 2003 dafür zum Tode verurteilt, aber bei einem Berufungsverfahren im Mai 2009 freigesprochen.

Im Juni 2009 erklärten französische Untersuchungsrichter, sie würden eine neue Fährte verfolgen: der Anschlag sei das Werk pakistanischer Militärs, denen die vereinbarten Schmiergelder nur zum Teil bezahlt worden seien.

Fest steht, dass Frankreichs staatliche Schiffsbauengesellschaft Kommissionen an pakistanische Militärs und Vermittler zahlte. Diese Zahlungen in der Höhe von rund 10 Prozent des Verkaufswerts der U-Boote (820 Millionen Euro), wurden über Luxemburger Briefkastenfirmen abgewickelt. Zum Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung waren solche Kommissionen noch legal, sie wurden erst 2000 von der Industriestaaten-Organisation OECD verboten.

Schon damals illegal war das Retournieren eines Teils der Schmiergelder durch die Vermittler an Politiker in Paris. Die Luxemburger Polizei bestätigte, dass solche Retourkommissionen über die Scheinfirmen flossen. Wobei die Beamten anmerkten, dass Edouard Balladur, damals Frankreichs bürgerlicher Premier, und Sarkozy, damals Budgetminister, bei der Gründung dieser Firmen „anscheinend“ federführend waren.

Auf Sarkozy lastet der Verdacht, er habe die Retourkommissionen für die Präsidentschafts-Wahlkampagne von Edouard Balladur flüssig gemacht. Die Präsidentschaftswahlen 1995 gewann aber Jacques Chirac, der die Kommissionszahlungen an Pakistan stoppen ließ. Die Antwort auf diesen Zahlungstopp könnte der Anschlag von Karachi gewesen sein, beweisen wird sich das aber wohl schwerlich lassen.

Eine parlamentarische Untersuchungskommission, vor der Balladur alle Vorwürfe abstritt, endete Mitte Mai ergebnislos. Allerdings verweigerte die Regierung die Herausgabe sämtlicher Unterlagen, um die die Kommission ersucht hatte. Doch die Familien der Opfer von Karachi wollen nicht locker lassen, ihre Anwälte fordern Sarkozys Rücktritt.

DANNY LEDER, PARIS